

CDU-Fraktion · Wandsbeker Königstraße 66 · 22041 Hamburg

Geschäftsstelle
Bezirksversammlung Wandsbek

Hamburg, den 19.01.12

Antrag

der Mitglieder der Bezirksversammlung

Dennis Timmlau, Timo Stehn, Philip Buse, Axel Kukuk, Dr. Gisbert Gürth (CDU)
und Fraktion

für die Sitzung der BV am 26.01.12

Jenfelds positive Entwicklung sichern – langfristige Unterbringungsangebote für entlassene Schwerverbrecher an geeigneten Stellen schaffen

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat sich ohne Mitsprache der kommunalen politischen Gremien, der Anwohner vor Ort und der Beteiligten für eine Unterbringung von ehemals Sicherheitsverwahrten in einer zum Rückbau vorgesehenen Immobilie in Jenfeld entschieden. Nach dem Plan, Bauwagen-Bewohner nach Jenfeld „abzuschieben“, war dies der nächste Schlag gegen die Interessen der Bewohner Jenfelds. Zu Recht wird diese Vorgehensweise des Senates von Beginn an durch massive Bürgerproteste begleitet, weshalb die entlassenen Straftäter ebenfalls einen anderen Ort der Unterbringung präferieren.

In einer Besprechung mit den Abgeordneten des Wahlkreises aller Fraktionen im Bezirksamt wurde deutlich, dass der Senat zwar über eine Liste mit Alternativstandorten verfügt, diese aber nicht annähernd verbindlich und zudem nur auf eine temporäre Unterbringung geprüft hat. So wurde berichtet, dass man bei einigen Einrichtungen lediglich telefonisch nach freien Zimmern gefragt hätte.

Bis heute stehen verschiedenste Vorschläge für eine langfristige Lösung im Raum. Darunter sind beispielsweise:

- die Unterbringung in einem Gewerbegebiet
- die Errichtung eines betreuten Wohnheims auf dem Gelände des Klinikums Nord, um die Erfahrung in der Therapie und Unterbringung von Schwerverbrechern zu nutzen
- Die Nutzung von leer stehenden Objekten sowie früheren Wohnheimen in der unmittelbaren Nähe der Justizvollzugsanstalten bzw. des Neubaus eines entsprechenden Wohnheimes

**CDU**Fraktion in der
Bezirksversammlung **Wandsbek**

Auch die entlassenen Straftäter wünschen sich eine Unterbringungsmöglichkeit fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit und in der Nähe zu Sozial- und Therapieeinrichtungen. In den nächsten Jahren werden in Hamburg mehr als 10 Schwerverbrecher entlassen. Bis heute fehlt dem Senat eine Betreuungsmöglichkeit, die das Rückfallrisiko minimiert.

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. Die Bezirksversammlung bekräftigt, dass der Stadtteil Jenfeld, insbesondere der Standort Elfsaal, für die Unterbringung von entlassenen Schwerverbrechern nicht geeignet ist.
2. Die Bezirksversammlung kritisiert, dass die Standortentscheidung zu einer unzumutbaren Geldausgabe führt, da die in Kürze zum Abbruch vorgesehene Immobilie bis dahin für den Polizeieinsatz aufwendig hergerichtet werden muss und die Ansiedlung zudem eine erhebliche Wertminderung für das Neubaugebiet Jenfeld 26 bedeutet.
3. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung fordert den Senat auf, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die einen idealen Standort – auch in Bezug auf die Beaufsichtigung und örtliche Nähe zu Betreuungseinrichtungen – zu finden und die vorhandenen Einflussmöglichkeiten auf staatliche und teilprivatisierte Einrichtungen vollumfänglich auszuschöpfen. Dabei muss auch ein Neubau in Erwägung gezogen werden.
4. Die Arbeitsgruppe hat der Bezirksversammlung regelmäßig über ihre Fortschritte zu berichten.
5. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung fordert den Senat ferner auf, bis zur Fertigstellung einer langfristigen Unterbringung eine behelfsmäßige Unterkunft in der Nähe einer Betreuungseinrichtung, einer Vollzugsanstalt, in einem geeigneten Misch- oder Gewerbegebiet oder auf dem Gelände des Klinikums Nord einzurichten.